

US-Multis siegen im Zigarettenstreit

Nach einer Entscheidung der GATT, daß ein Importverbot den GATT-Regeln widerspricht, hat sich Thailand dazu entschlossen, das bestehende Importverbot für ausländische Zigaretten, u.a. US-amerikanische, aufzuheben. Im Gegensatz zu GATT wollen die US-Tabakmultis jedoch nicht akzeptieren, daß das thailändische Tabakmonopol

den Vertrieb ihrer Marken übernimmt. Sie fordern, daß ihre Marken von der Verbrauchssteuer befreit werden, da die Zigaretten sonst mit 40 Baht pro Schachtel (ca. 2.50 DM) gegenüber den thailändischen (13-15 Baht) zu teuer sind. Auf alle Zigaretten soll eine "Gesundheits-Steuer" erhoben werden und das Werbeverbot, von den US-Riesen hef-

tig attackiert, soll bestehen bleiben. Die US-Firmen haben bereits die Märkte in Japan, Südkorea und Taiwan mit wirtschaftlichen Sanktionen für ihre Produkte geöffnet. Die US-Handelsbeauftragte Carla Hill hat für thailändische Exporte in die USA Strafzölle angekündigt.

Vgl. BP 10., 15.10.90

Besuch des vietnamesischen Außenministers

Der vietnamesische Außenminister Nguyen Co Thach reiste Ende Oktober für vier Tage nach Bangkok, wo er Gespräche mit dem thailändischen Außenminister Subin Pinkayan und Premierminister Chatichai führte. Zur Verbesserung der thailändisch-vietnamesischen Beziehungen schlug Thach die Wiederbelebung einer 1978 gegründeten gemeinsamen Kommission, ein Gipfeltreffen zwischen den Premierministern beider Länder sowie eine umfassende Wirtschaftskooperation vor. Thailand ist offenbar bereit, seine Beziehungen zu Vietnam, v.a. die wirtschaftliche Zusammenarbeit, zu verbessern.

Vgl. BP 30.10., 2.11.90

Thailands Wirtschaft angesichts der Golfkrise

Die durch die Golfkrise steigenden Ölpreise beginnen das Wirtschaftswachstum Thailands zu gefährden. Während die Regierung hofft, das Wachstum dieses Jahr noch über 10 % zu halten, wird für nächstes Jahr noch mit 7-8 % gerechnet. Im Falle eines Krieges in der Golf-Region rechnen Wirtschafts-Experten mit nur 4 % Wirtschaftswachstum. Zudem macht die steigende Inflationsrate der Regierung Sorgen. Sie liegt zur Zeit bei etwa 7 %, wird aber noch weiter ansteigen, wenn die

Regierung die gestiegenen Energiepreise voll an die Abnehmer weitergibt. Geplante Joint-Venture-Unternehmen zur Sicherung der Energieversorgung können nur langfristig Wirkung zeigen. Die Entwicklung der Golf-Krise wird in Thailand sehr aufmerksam verfolgt: eine internationale Ölkrise könnte das weitgehend von Auslandsinvestitionen abhängige Wirtschaftswachstum weiter verlangsamen.

Vgl. FEER 27.9.90., S. 64/65; BP 6.11.90

Militär will westliche Waffen kaufen

In den 80er Jahren war China - verlässlicher Partner bei der Bekämpfung vietnamesischen Vormachtstrebens in der Region - wichtigster Waffenlieferant Thailands. Wachsender Unmut macht sich nun im Militär über schlechte Qualität und fehlende Ersatzteile des chinesischen Kriegs-

materials breit. Hohe Militärs planen stattdessen den Kauf von Waffen aus amerikanischer und westeuropäischer Produktion. Unter anderem soll ein Hubschrauberträger für 300 Mio. US-Dollar bei der Bremer Vulkan-Werft in Auftrag gegeben werden.

Vgl. FEER 4.10.1990, S. 20

Kurzmeldungen:

Hundert Arbeiter der "Latex Products Company" waren entlassen worden, weil sie eine Petition an die Unternehmensleitung mit der Forderung nach Sozialleistungen verfaßt hatten. Vertreter mehrerer **Gewerkschaftsverbände fordern** nun Innenminister Banharn auf, das Unternehmen zur **Wiedereinstellung** der Arbeiter zu veranlassen.

Vgl. BP v. 30.10.1990

Der Vize-Innenminister Vatan hat **Forderungen** von Gewerkschaftsgruppen zurückgewiesen, den Mindestlohn von jetzt 90 Baht auf 112 Baht pro Tag zu **erhöhen**. Zur Zeit basiert der **Mindestlohn** auf den Lebenshaltungskosten für eine Person.

Vgl. BP v. 23.10. 6.11.90

Am 6.9.1990 verabschiedete das thailändische Unterhaus den **Staatshaushalt 1990/91** in dritter Lesung mit 218 gegen 93 Stimmen. Es handelt sich um den ersten ausgeglichenen Haushalt in der Geschichte Thailands. Am 7.9. billigte auch der Senat (Oberhaus) die Vorlage.

Vgl. SOAA Sept. 1990

Das **Riesenprojekt** des schweizer Multimillionärs und Freund des Thai-Premiers, Bruce Rappaport, das mit Milliardenaufwand ein Areal im Norden der **Insel Phuket** in eine Hotel- und Freizeitanlage verwandeln sollte, ist von der zuständigen thailändischen Behörde endgültig abgelehnt worden, da es zu viele Nachteile und zu wenig Profit für die Thais bringe.

Vgl. BP 15.9.90

Die thailändische Investitionsbehörde veröffentlichte am 18.10.90 Zahlen zu Investitionen in den ASEAN-Staaten, nach denen Thailand im Jahr 1989 mit 8,22 Mrd. US\$ das Hauptzielland ausländischer **Investoren unter den ASEAN-Staaten** war. Dabei kamen 44,1% des investierten Kapitals aus Japan, 17,6% aus der EG, 10,8% aus Taiwan und weitere ca. 19% aus Hong Kong, Südkorea und Singapur.

div. Quellen

A L T E R N A T I V E
MONATSZEITUNG
M O Z FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT UND KULTUR



Vorschau auf das Aprilheft:

Hintergründig
Grüne im Wahlkampf:

Wohnungsgenossenschaften:
Parteien lachen, Mieter weinen

Expo 95 in Wien:
Feste in der Stadt

Radio 100:
Freiheit für die Frequenzen

Papierindustrie:
Kommt der Ausstieg aus der Chlorbleiche?

Lateinamerika:
Nichts zu lachen mit der Perestroika

Nicaragua nach den Wahlen:
Noch lebt Sandino



Abo zu DM 50,- durch Einzahlung auf Konto Nr. 58297 BLZ 508 648 08, Volksbank Seeheim eG oder Probeexemplar bei Grün-Alternativ Verlag, Neulerchenfelder Straße 12, A-1160 Wien, Österreich, Telefon 0222/48 35 71

Regierungsrücktritt gefordert

Auf mehreren Protestdemonstrationen forderten Studierende den Rücktritt der Regierung Chatichai. Eine dieser Demonstrationen erreichte ihren tragischen Höhepunkt, als sich der 21-jährige Student Thanavuth Klingchua am 14. Oktober mit Benzin übergießt und selbst anzündete. Er starb vier Tage später im Krankenhaus; es war der erste politisch motivierte Selbstmord durch Selbstverbrennung in Thailand. Für die Regierung sind diese Proteste auf doppelte Weise gefährlich: zum einen bringen sie sicherlich die wachsende Unzufriedenheit in studentischen und akademi-

schen Kreisen über Korruption und Ineffizienz der Regierung zum Ausdruck, zum anderen aber vermutet man hinter den Aktionen eine geheimnisvolle "dritte Seite", nämlich den ehemaligen Oberbefehlshaber Chaovalit. Er gilt immer noch als einflußreicher Gegenspieler Chatichais. Er hatte die studentischen Proteste und die Selbstverbrennung als "mutig" bezeichnet - wäre die jetzige Regierung zum Rücktritt gezwungen, hätte Chaovalit gute Chancen, Chatichais Nachfolge anzutreten.

Vgl. FEER 25.10., S. 13; AW 2.11., S. 30; BP 23.10.90

Chavalit gründet neue Partei

Der ehemalige Armeechef hat unter dem Namen "New Hope" eine neue Partei gegründet. Nach seinem Abschied aus dem aktiven Dienst Anfang dieses Jahres war er kurzzeitig Verteidigungsminister. Anlaß seines Rücktritts war die öffentliche Beleidigung seiner Ehefrau. Er wollte nicht weiter integeres Aushängeschild einer ansonsten als korrupt angesehenen Regierung sein. Ende August gab er dann bekannt, daß er die Angebote verschiedener Parteien, deren Mitglied bzw. Parteichef zu werden nicht annehmen werde. Er werde verdiente und angesehene Beamte und Ex-Militärs zur Gründung einer

eigenen Partei um sich scharen. Chavalit ist innerhalb des Militärs nicht unumstritten, da viele seine Entscheidungen als Grund für die Niederlage im Kampf mit Laos um Ban Rom Klao vor ca. zwei Jahren sehen. Als seine mögliche Machtbasis werden der Nordosten und der Süden Thailands angesehen. Grundsätze seiner politischen Zielsetzung sind "die Wahrung der nationalen Sicherheit und die Entwicklung einer agro-industriellen Gesellschaft".

Vgl. BP 2., 6., 7., 9., 10., 13., 15., 18., 19., 22.9.; 1.10.1990; NR 4.10.1990

"Elder Statesman" Kukrit wieder SAP-Führer

Ein Parteigremium der Social Action Party (SAP) setzte den bisherigen Parteichef Siddhi Savetsila ab und wählte den Parteigründer Kukrit Pramot, der dieses Amt bis vor ein paar Jahren innehatte, zum Vorsitzenden. Kukrit gilt als alter Freund Chatichai's. Mit seinem Vorsitz sollte der bedrohte Verbleib der Partei in der Regierungskoalition garantiert werden. Siddhi Savetsila trat daraufhin von allen Ämtern u.a. auch als Abgeordneter zurück. Er galt als einer der wenigen ehrlichen Politiker und war seit 1980 Außenminister. Für die Nachwahl seines freigewordenen Parlaments-sitzes im Dezember stehen Kandidaten der SAP, der Palang Dhamma und der Prachachart Thai Partei bereit.

Vgl. BP 15., 18.9.; 2.10.90

NARC-42 soll doch abgeschafft werden

Das umstrittene, die Pressefreiheit bedeutend einschränkende Dekret aus der Zeit der Militärherrschaft nach dem Putsch 1976, soll überraschenderweise abgeschafft werden. In einer Zeit, in der die Regierung unter Druck auch von seiten der Presse steht, will der Premier das Dekret durch Verordnung abschaffen und die Vorlage für ein neues Gesetz - von Redakteuren als noch einschränkender als das NARC-42 bezeichnet - aus der parlamentarischen Beratung zurückziehen. Diese Entwicklung ist von Journalisten begrüßt worden. Dies werde jedoch nicht dazu führen, berechtigte Kritik an der Regierung in Zukunft zu unterlassen.

Vgl. BP 15.9., 22.10.90

Telefonprojekt vereinbart

Ein zwischen Kommunikationsminister Montree, dem thailändischen Privatunternehmen Charoen Pokphand und British Telecom vereinbartes 6-Milliarden-Dollar-Projekt soll das seit längerer Zeit unzureichende Telefonnetz auf den neuesten Stand bringen. Die staatliche Telefongesellschaft TOT wird das Netz weiter betreiben, wobei allerdings wichtige Entscheidungen über Subunternehmer und Software-Installation in den Händen von Charoen Pokphand liegen. Das Privatunternehmen wird mit einem festgelegten Prozentsatz an den Einnahmen der Monopolgesellschaft TOT beteiligt, bevor der Vertrag nach 25 Jahren ausläuft und die Ein-

richtungen in den Besitz von TOT übergehen. Die Vereinbarung mit Charoen Pokphand - eigentlich ein Agrarunternehmen - hat einen heftigen kabinettssinternen Streit verursacht. Kommunikationsminister Montree hatte ohne Abstimmung mit seinen Kabinettskollegen gehandelt. Als von verschiedener Seite Kritik an dem Projekt geäußert wurde, drohte Montree den Rückzug seiner Social Action Party aus der Regierungskoalition an. Schließlich wurde dem Projekt in einer von Premierminister Chatichai einberufenen Kabinettsitzung ohne größere Änderungen zugestimmt.

Vgl. FEER 4.10., S. 69/70; AW 2.11., S. 67

Forstbeamter begeht Selbstmord

Der oberste Aufseher des Huay Kha Kaeng Wild- und Forstreservates Süd Nakasathien, hat Ende August Selbstmord begangen, weil er keine Möglichkeit mehr sah, Wilderei und illegalen Holzeinschlag zu bekämpfen. Das Reservat ist letzte Zuflucht für einige seltene Tierarten, u.a. Gaur, Tiger und Batengs, die in Bangkoks Restaurants als Delikatesse gelten. Die Schädel erzielen als Trophäen Preise zwischen 50.000 und 100.000 Baht. Die Wilderer und Holzfäller "arbeiten" mit modernster Ausrüstung,

gedeckt von "lokalen Größen". Schwer bewaffnet haben sie bereits 6 Wildhüter umgebracht. Alle Bemühungen, ihrem Tun Einhalt zu gebieten, sind bislang gescheitert. Inzwischen hat die Armee zwei Einheiten von Rangern zur Verteidigung des Reservates aufgeboden. Ein Teil des Gebietes soll eingezäunt werden. Die einflußreichen Hintermänner mit Beziehungen bis in die Regierung blieben bisher unangetastet.

Vgl. BP 5., 6., 10-12., 14., 22.9.90; NR 16.9.90

ESCAP-Konferenz über Umwelt und Entwicklung

Vom 10.-17.10 fand in Bangkok, dem Sitz der ESCAP (Economic and Social Commission of Asia and the Pacific, UN-Unterorganisation) eine Konferenz mit Delegierten aus 38 Staaten zum Thema "Umwelt und Entwicklung" statt. Die Teilnehmer warnten davor, daß eine Abholzung von 5 Mio. ha pro Jahr bereits in unmittelbarer Zukunft zu einschneidenden Veränderungen führe. Die Trinkwasser-Versorgung sei bereits jetzt ein Problem, aufgrund klimatischer Veränderungen seien Städte und Inseln durch das Ansteigen des Meeresspie-

gels, aber auch durch die Zunahme an Überschwemmungen gefährdet. Gleichzeitig müßte eine Lösung im ländlichen Bereich beginnen, denn Armut sei ein wesentlicher Faktor, der zur Umweltzerstörung führe, ebenso wie die Agrochemie oder Industriesiedlungen. Die Schlußerklärung der Konferenz wurde der Öffentlichkeit nicht bekannt gemacht.

Vgl. BP 7., 10., 18.10.90